

Information und  
Vorschlagssammlung

Votierung der  
Bürgervorschläge

„Liste der Vorschläge  
der Bürgerinnen und Bürger“

 **JETZT ABSTIMMEN !**

Beschluss

Rechenschaft



Landeshauptstadt  
Potsdam

# Bürgerhaushalt in Potsdam 2011



MITWIRKEN | GESTALTEN | VERÄNDERN

## Inhalt

Vorschlagstitel	Seite
1. Touristenabgabe einführen .....	2
2. Hundesteuer erhöhen .....	3
3. Stärkere Bürgerbeteiligung bei der Nahverkehrsplanung .....	4
4. Mehr öffentliche Sitzmöglichkeiten an Haltestellen .....	5
5. Kostenloser ÖPNV für Schülerinnen und Schüler .....	6
6. Einführung von 6er-Karten im ÖPNV .....	7
7. Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements .....	8
8. Schaffung eines Bürgerraums in Golm .....	9
9. Sportanlagenerweiterung Potsdamer Norden .....	10
10. Erhalt der Sportanlagen Heinrich-Mann-Allee .....	11
11. Fußballplatz am Park Babelsberg für Freizeit- und Jugendsport ....	12
12. Sanierung des Sportplatzes Hans-Sachs-Straße / Westkurve .....	13
13. Förderung von Trainingslagern für Kindersportmannschaften .....	14
14. Bau einer Eisbahn für den Publikumslauf .....	15
15. Nutzung des Luftschiffhafens durch alle Vereine ermöglichen .....	16
16. Erhalt des „Treffpunkt Freizeit“ mit kostenl. Nutzung d. Vereine .....	18
17. „Freiland“ stoppen und Geld sparen .....	19
18. „ARCHIV“ - Weiterbetrieb dauerhaft sichern .....	20
19. Naturkundemuseum: Einnahmenerhöhung .....	21
20. Volkshochschule: Kurse für Grundbildung sichern .....	22
21. Potsdam Museum: Sanierung Altes Rathaus und Nutzung .....	23
22. Projektbezogene Förderung zur Beseitigung von Graffitis .....	25
23. Mehr Freiräume / Probenräume für die Musik! .....	26
24. Bessere Unterstützung der Musikschule .....	27
25. Einsparpotentiale bei Mieten für Musikschule nutzen .....	28
26. Kitabeiträge reduzieren .....	30
27. Mehr Personal / Besserer Betreuungsschlüssel in Kitas .....	31
28. Zentrale Vergabestelle / Beauftragter für Kitaplätze .....	32
29. Ausbau des Radwegesystems zeitnah fördern .....	33
30. Überprüfung der Fahrradabstellmöglichkeiten im Stadtgebiet .....	34
31. Fahrradverbindung vom Hauptbahnhof zum Kiewitt .....	36
32. Fahrradweg von Babelsberg nach Potsdam-Nord .....	37
33. Radweg zw. Babelsberger Park und Alt-Nowawes ausbessern .....	38
34. Gehweg am Schlaatzweg befestigen .....	39
35. Radwegmarkierungen Zeppelinstraße .....	40
36. Radwegmarkierungen Dortustraße .....	41
37. Schulwegsicherung in der Schlegelstraße .....	42

## Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

wir möchten uns bei Ihnen für Ihr großes Interesse am Bürgerhaushalt der Landeshauptstadt Potsdam bedanken. Auch in diesem Jahr haben Sie wieder zahlreich die Möglichkeit genutzt und insgesamt 413 konkrete Ideen zur städtischen Haushaltsplanung eingebracht. Viele von Ihnen haben auch Anregungen unterbreitet, wie das städtische Haushaltsdefizit ausgeglichen werden könnte.

Bereits im Juni haben Sie eine Vorauswahl der wichtigsten Anregungen vorgenommen. Wir freuen uns, Ihnen nun als Ergebnis dieser Auswahl die „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“ mit insgesamt 37 Bürgerempfehlungen vorlegen zu können.

Alle Potsdamerinnen und Potsdamer ab 14 Jahren sind vom 30. August bis zum 17. Oktober 2010 aufgerufen, über die in diesem Heft aufgeführten Vorschläge abzustimmen. Ziel unserer Befragung ist es, eine repräsentative Auswahl der wichtigsten Bürgerempfehlungen zu ermitteln. Mit Ihrer Unterstützung haben die Stadtverordnetenversammlung und die Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam die Möglichkeit, den städtischen Haushalt nach den Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger zu gestalten und wichtige Akzente zu setzen.

Am Ende der Broschüre können Sie Ihre Favoriten vermerken. Den Abstimmungsbogen senden Sie uns bitte portofrei zurück. Alternativ steht Ihnen das Internet unter [www.potsdam.de/buergerhaushalt](http://www.potsdam.de/buergerhaushalt) zur Verfügung.

Letztmalig können Sie im Rahmen der Abschlussveranstaltung des Bürgerhaushalts am 26. Oktober 2010, ab 18 Uhr, im Plenarsaal des Stadthauses Potsdam Ihr Votum zur „Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger“ vergeben. Auch wenn Sie bereits abgestimmt haben, freuen wir uns, Sie persönlich bei dieser Veranstaltung begrüßen zu können und Ihre Fragen zu beantworten.

Nutzen Sie diese Form des Dialogs zwischen der Bürgerschaft und der kommunalen Politik. Nennen Sie uns Ihre Favoriten, denn nur die 20 Vorschläge mit der höchsten Wertung werden der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung überreicht. Bringen Sie sich ein und machen Sie den Bürgerhaushalt in Potsdam zu dem, was er sein soll – ein Beitrag für die gemeinsame Gestaltung der Stadt.

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme.



Jann Jakobs  
Oberbürgermeister



Peter Schüler  
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

## Bürgervorschlag Nr. 1

### Touristenabgabe einführen

#### **Vorschlag:**

Ich finde, Potsdam könnte eine Art „Touristenabgabe“ einführen, um zusätzlich Einnahmen zu erhalten. Pro Nacht und Person könnte die Stadt eine Abgabe von 1 Euro erheben. Bei 280.000 Besuchern in 2008, die durchschnittlich 2,3 Nächte blieben, hätte damit eine erhebliche Summe Geld in die Stadtkasse gehen können...

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Nach § 1 Absatz 1 Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (BbgKAG) sind Gemeinden und Gemeindeverbände berechtigt, Abgaben (wie Steuern, Gebühren und Beiträge) zu erheben. Dazu zählen nach § 11 BbgKAG auch Fremdenverkehrsbeiträge (wie eine Touristenabgabe). Diese dürfen jedoch nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen erhoben werden. Dazu gehört, dass

- die Gemeinde ganz oder teilweise als Kurort oder als Erholungsort anerkannt ist oder
- die Zahl der Fremdenübernachtungen pro Jahr regelmäßig das Siebenfache der Einwohnerzahl übersteigt.

Die Landeshauptstadt Potsdam ist kein ganz oder teilweise anerkannter Kur- oder Erholungsort und die Anzahl der Fremdenübernachtungen übersteigt das Siebenfache der Einwohnerzahl ( $7 \times 150.000 = 1.050.000$ ) nicht.

Im Jahr 2009 betrug die Zahl der Fremdenübernachtungen in Potsdam ca. 831.000 bei 351.000 Gästeanmeldungen (Meldungen von Gästen in einer Beherbergungsstätte, die zum vorübergehenden Aufenthalt ein Gästebett belegten). Folglich ist der Vorschlag zur Einführung einer Touristen- bzw. Fremdenverkehrsabgabe auf Grund der gegenwärtigen Situation nicht umsetzbar.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

-

#### **Umsetzungszeitraum:**

-

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Nein, zur Zeit nicht.

#### **Grundlage der Umsetzung:**

-

## Bürgervorschlag Nr. 2

### Hundesteuer erhöhen

#### **Vorschlag:**

Ich glaube, dass über eine Möglichkeit nachgedacht werden müsste, Hundehalter für die nicht beseitigte Hinterlassenschaft zur Verantwortung zu ziehen. Ich glaube auch, dass es möglich sein müsste, die relativ geringe Hundesteuer zu erhöhen.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Hundesteuer ist eine örtliche Aufwandsteuer, deren Aufkommen der jeweiligen Gemeinde, in der diese erhoben wird, zusteht. Steuern sind generell nicht zweckgebunden. Sie sind Einnahmen, die zur allgemeinen Deckung der Ausgaben der Gemeinde dienen. Hundesteuer kann demnach nicht als Gegenleistung für die Beseitigung von Hundekot erhoben werden. Die Erhöhung der Steuersätze und damit der Hundesteuer für Maßnahmen, die allein der Hundekotbeseitigung dienen, hätte den Charakter eines Entgeltes, der mit dem Begriff Steuern demnach nicht vereinbar ist. Darüber hinaus ist die Erhöhung der Hundesteuer kein geeignetes Mittel, Ordnung und Sauberkeit in der Landeshauptstadt Potsdam durchzusetzen. Mit dieser Steuer wird die Hundehaltung eher erschwert.

Im Vergleich zum unmittelbaren Umland weist Potsdam relativ hohe Steuersätze aus. Werden in diesen Vergleich andere Landeshauptstädte einbezogen, liegt Potsdam im Mittelfeld der Steuersätze.

Nachhaltiger wäre es aus Sicht der Verwaltung, die steuerlich nicht gemeldeten Hunde zu erfassen und zu besteuern. Dazu werden von Kommunen Hundebestandsaufnahmen durchgeführt.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

-

#### **Umsetzungszeitraum:**

-

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Nein

#### **Grundlage der Umsetzung:**

-

### Stärkere Bürgerbeteiligung bei der Planung des öffentlichen Personennahverkehrs

#### **Vorschlag:**

Der öffentliche Personennahverkehr muss kurz-, mittel- und langfristig geplant und entwickelt werden. Bürgerbeteiligung sollte dabei mehr als bisher praktiziert werden. Man sollte nicht alles dem Verkehrsbetrieb in Potsdam (ViP) und Stadtverwaltung als Aufgabenträger überlassen. Gesellschaftliche Kontrolle sollte organisiert, die Linienführung öffentlich beraten und Zuarbeiten zugelassen werden. Vor (!) jeder Fahrplanänderung sollte die Öffentlichkeit informiert werden und Beratungen dazu stattfinden. Ein verbessertes Verkehrsangebot könnte ebenfalls die Einnahmenseite erhöhen. Der Bau von Verkehrsanlagen sollte sinnvoll und nach Bedarf geschehen.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Grundlage der Nahverkehrsplanungen sind der von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene, jeweils gültige Verkehrsentwicklungs- und Nahverkehrsplan. Auf deren Grundlage erfolgen die investiven Maßnahmen sowie die Versorgung mit Bahn- und Busverkehrsleistungen. Jede Fahrplanänderung im Vorfeld zu kommunizieren, ist eine wesentliche Aufgabe des Marketings der Unternehmen. Wesentliche Änderungen, wie z.B. zum 1. April 2010, werden - wie vom Einbringer des Vorschlags gefordert - öffentlich diskutiert. Dieser konkrete Fahrplanwechsel wurde seit 2007 zunächst unter dem Arbeitstitel „Stadt+“ in zahlreichen Bürgerver-

sammlungen, Kundenforen und im Internet vorgestellt und diskutiert. Durch die kontinuierliche Einarbeitung der Vorschläge und weitere Diskussion ist dieses Konzept letztendlich bis zur Variante 13 fortentwickelt worden und als „Mobil+“ zur Umsetzung gekommen.

Aus der Erfahrung der oben genannten Fahrplanumstellung werden nach den ersten Monaten der Einführung weitere Hinweise und Vorschläge gesammelt, geprüft und dann evtl. zu den nächsten Fahrplanwechseln berücksichtigt.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

-

#### **Umsetzungszeitraum:**

Laufend

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja

#### **Grundlage der Umsetzung:**

-

### Mehr öffentliche Sitzmöglichkeiten

#### **Vorschlag:**

Wir sind der Meinung, dass es an Bushaltestellen und öffentlichen Plätzen zu wenig Sitzmöglichkeiten gibt. So sind beispielsweise an der Brandenburger Straße nur zwei Sitze vorhanden. Dieser Missstand sollte im gesamten Stadtgebiet verbessert werden.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Der Wunsch nach mehr Sitzmöglichkeiten an Haltestellen und Plätzen ist verständlich, jedoch stehen im Wesentlichen finanzielle Möglichkeiten und oftmals auch denkmalpflegerische Aspekte dem entgegen.

Im Rahmen der Herstellung von Barrierefreiheit an Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs erfolgt ein Standardausstattungsprogramm. Dazu gehören u.a. Blindenleitplatten, ein erhöhter Bordstein und ggf. Wartehäuschen mit Sitzgelegenheiten. Für 2011 sind an folgenden Haltestellen Umgestaltungen geplant: Katjeswerk (Wetzlarer Straße), Hofbauer Stiftung (Hermannswerder), Magnus-Zeller-Platz (doppelseitig), Am Fenn (doppelseitig). Die Kosten für die genannten Stellen betragen insgesamt etwa 180.000 Euro. Grundsätzlich sind die Kosten unterschiedlich. Sie sind abhängig von der Ausgangssituation und betragen zwischen 10.000 und 40.000 Euro. Beim Aufstellen von Bänken in Grünanlagen und an Plätzen müssen Einzelfallentscheidungen getroffen werden und aus dem vorhandenen Budget

(im laufenden Aufwand) bezahlt werden. Die Kosten für die Aufstellung einer Bank im Stadtgebiet betragen zwischen 500 und 1.000 Euro.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Behindertengerechter Ausbau von Haltestellen abhängig von Ausgangssituation und Ausstattung zwischen 10.000 und 40.000 Euro // Aufstellen von Bänken an Plätzen und Grünanlagen zwischen 500 und 1.000 Euro

#### **Umsetzungszeitraum:**

Laufend

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja, im Rahmen der genannten Maßnahmen.

#### **Grundlage der Umsetzung:**

Jahres- und Mittelfristplanungen

### Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdamer Schülerinnen und Schüler

#### **Vorschlag:**

Wir sind für die kostenlose Schülerbeförderung innerhalb Potsdams ab der ersten Klasse bis mindestens zur Erreichung des Abiturs. Gleiche Chancen auf Bildung beginnen mit den Wegen zu den Bildungsorten einer Stadt, ob Schule, Musikschule, Sportverein, Nachhilfeangebot, Theater oder Museum. Es soll für alle Heranwachsenden gleich leicht sein, sich in unserer Stadt zu bewegen.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Dieser Vorschlag war im Bürgerhaushalt 2009 auf Platz 1 der 20 am besten bewerteten Vorschläge. Auf Grund dessen wurde dieses Thema in zwei Workshops umfassend bearbeitet, letztendlich mit dem Ergebnis, dass eine Umsetzung kurzfristig nicht realistisch ist. Dem folgte ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Herbst 2009 zur schrittweisen Umsetzung, beginnend mit 25% Ermäßigung der Schülerjahreskarte. Auch dies musste im Rahmen der Haushaltsdiskussion 2010 verworfen werden, jedoch mit dem Auftrag an die Verwaltung, eine Ermäßigung um 10% beginnend mit dem Schuljahr 2010/2011 vorzubereiten. Die zuständigen Gremien im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH haben diesem Potsdamer Tarifangebot zum 1. Januar 2011 als Modellversuch zugestimmt. Ab diesem Zeitpunkt ist für Potsdamer Schülerinnen und Schüler eine ermä-

gte Schülerjahreskarte im Abonnement - bei monatl. Abbuchung 236,70 Euro/Jahr (bisher: 263 Euro) / bei jährl. Abbuchung 229,60 Euro/Jahr (bisher: 255,10 Euro) - erhältlich. Nach drei Jahren sollen die gesammelten Erfahrungen ausgewertet und über eine Fortsetzung befunden werden.

**Kosten der Umsetzung/Folgekosten:** Die Einführung des kostenlosen ÖPNV für Schülerinnen und Schüler würde mindestens 1,7 Mio. Euro/Jahr kosten. Durch die kommende Ermäßigung der Schülerjahreskarte entstehen jährlich bereits Mindereinnahmen in Höhe von ca. 45.000 Euro.

**Umsetzungszeitraum:** Aufgrund der allgemeinen Tarifierhöhung des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg wird ab 1. Januar 2011 eine Kostenermäßigung von 12,3% beim Kauf von Jahreskarten realisiert.

**Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?** Nein, jedoch wird bereits die schrittweise Umsetzung einer kostengünstigeren Schülerjahreskarte durchgeführt.

#### **Grundlage der Umsetzung:**

Stadtverordnetenbeschluss (DS 10/SVV/0052) zur Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2010, Anlage H11 „Kostengünstiges Schülerticket“

### Einführung von 6er-Karten im öffentlichen Nahverkehr

#### **Vorschlag:**

Wie bereits im Vorjahr fordere ich die Einführung von 6er-Karten zum Preis von fünf Fahrten im öffentlichen Personennahverkehr.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Dieser Forderung kann im Rahmen des Tarifverbundes Berlin-Brandenburg mittelfristig nicht entsprochen werden. Ein solches Tarifangebot entspräche einer fast 20%igen Ermäßigung im Bartarif (ohne soziale Komponente). Im Rahmen der Weiterentwicklung des VBB-Tarifs wird gegenwärtig an einer 4-Fahrten-Karte mit ca. 5% Ermäßigung (auch für Brandenburg) gearbeitet, die bereits im Tarifgebiet Berlin angeboten wird.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Gegenwärtig sind die Kosten für ein 6er-Ticket in Potsdam nicht bezifferbar. Hier wären die Kosten der Einführung, evtl. Einnahmeausfälle oder -zuwächse sowie Zuwendungen für Vertriebstechik zu berücksichtigen.

#### **Umsetzungszeitraum:**

Eventuell möglich anlässlich der nächsten Tarifierfassung, jedoch erst nach 2011.

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Nein, die Einführung von Mehrfachfahrkarten wird diskutiert, jedoch bisher nicht im vorgeschlagenem Maße umgesetzt.

#### **Grundlage der Umsetzung:**

Tarif des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg

### Stärkung der Bürgerhäuser und des bürgerschaftlichen Engagements

#### **Vorschlag:**

Viele der im letzten Jahr eingesandten Vorschläge können nach meiner Meinung durch bürgerschaftliches Engagement in Angriff genommen werden. Eine Voraussetzung dafür ist, dass Menschen wieder zueinanderfinden. Miteinander ins Gespräch kommen ist das Ziel. Bürgerhäuser können dafür - neutrale - Orte bieten und zu Plattformen bürgerschaftlichen Engagements werden. Hier sollte die Förderung weiter durchgeführt werden. Auch Ideen wie „Bürgerfonds“ (o.ä.) sind aus meiner Sicht zu befürworten.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Landeshauptstadt Potsdam unterstützt und fördert den Inhalt dieses Vorschlags. Seit 2008 werden durch die Grundförderung für Bürger- und Begegnungshausarbeit mehrere Einrichtungen und Initiativen auch finanziell gefördert. Dabei konnte in den Jahren seit 2008 die Anzahl der geförderten Einrichtungen erweitert und die finanzielle Förderung um ca. 10% gesteigert werden.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Haushalt 2010: 610.000 Euro

Mittelfristige Planung von 2011 bis 2013: 660.000 Euro / jährlich

#### **Umsetzungszeitraum:**

2011 fortlaufend

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja

#### **Grundlage der Umsetzung:**

Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Förderung der Bürger- und Begegnungshausarbeit und die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam

## Bürgervorschlag Nr. 8

### Schaffung eines Bürgerraums in Golm

#### **Vorschlag:**

Mein Vorschlag ist die Schaffung von Räumlichkeiten für Bürgeraktivitäten und deren Finanzierung in Golm. Dieser Ortsteil ist weiterhin Zuzugsgebiet mit steigenden Einwohnerzahlen. Die Bevölkerung ist sehr unhomogen (Alt- und Neubürger, Wissenschaftler, Bundeswehrangehörige etc.). Es gibt zur Zeit keinen einzigen öffentlichen Raum in Golm, der Platz für Austausch und Treffen von Vereinen bietet.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Landeshauptstadt unterstützt und fördert grundsätzlich Einrichtungen, Institutionen und Vereine, die zur Begegnung und Kommunikation von Bürgern und damit zur Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements beitragen. Solche Einrichtungen können mit einer Grundförderung für Bürger- und Begegnungshausarbeit auch finanziell gefördert werden.

Ortsbeiräte erhalten jährlich Mittel für Sachaufwendungen, mit denen auch Mieten von Räumlichkeiten bezahlt werden können. Dazu bedarf es einer Antragstellung der entsprechenden Vereine und der Zustimmung des Ortsbeirats. In diesem Zusammenhang sei zu vermerken, dass der Ortsbeirat Golm erst vor kurzem innerhalb der ehemaligen Gemeindeverwaltung umgezogen ist, um u.a. die sehr hohen Miet- und Nebenkosten zu minimieren.

Gegebenenfalls wäre es möglich, dass der Bürgertreff in Eiche mit genutzt wird und die Mietkosten vom Ortsbeirat Golm auf Antrag übernommen werden.

Die dauerhafte Schaffung eines „Bürgerraumes“ minimiert natürlich den Sachaufwand, jedoch muss dieser Raum auch verwaltet werden, was wiederum einen entsprechenden Aufwand nach sich zieht.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Aufgrund der Sachlage nicht ermittelt.

#### **Umsetzungszeitraum:**

-

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Nein

#### **Grundlage der Umsetzung:**

-

### Sportanlagenerweiterung Potsdamer Norden (Nähe Kirschallee)

#### **Vorschlag:**

Der Zuzug in den Potsdamer Norden wächst ungebremst. Vor allem Familien mit Kindern ziehen in das Wohngebiet. Was jedoch überhaupt nicht wächst oder erweitert wird, ist die freizeithliche Infrastruktur im Wohngebiet. Der Sportverein „Potsdamer Kickers“ leistet seit vielen Jahren hervorragende Freizeitarbeit vor allem im Nachwuchsbereich, inzwischen werden dort mehrere 100 Kinder betreut. Dies geschieht jedoch seit ebensolanger Zeit auf einer völlig unzureichenden, winzigen und durchgängig überlasteten Sportanlage an der Kirschallee. Daher sollten die Sportmöglichkeiten (Bolzplatz, Fußballplatz, Rasenanlage zum Fußballspielen o.ä. ...) im Potsdamer Norden dringend erweitert werden. Genügend Brachflächen vor Ort gibt es. Auch könnte man eine Kooperation mit dem angrenzenden BUGA-Park, der entsprechende Flächen und Möglichkeiten hat, andenken.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Erholungs-, Spiel- und Freizeitanlagen im unmittelbaren Wohnbereich sind wesentliche Bestandteile einer Wohnungs- und Siedlungspolitik. Der Potsdamer Norden erreicht einen Versorgungsgrad mit ungedeckten Sportflächen von 66 %. Der Entwicklungsbereich Bornstedter Feld verfügt in der Kirschallee über eine Sportplatzanlage für die Freizeit- und Vereinssportnutzung. Darüber hinaus steht der Volkspark für den Breiten- und Frei-

zeitsport zur Verfügung (z.B. Kletterfelsen, Basketballplatz, Inlineskating, Frisbee-Golfen). Letztere sind aber weitestgehend ungeeignet für den Vereinssport insbesondere für den wettkampforientierten Vereinssport/Fußball. Neben der Anlage in der Kirschallee wäre eine weitere in dem stark wachsenden Stadtteil sportfachlich wünschenswert, allerdings ist mittelfristig die Finanzierung auf Grund der angespannten, schwierigen Haushaltslage sowie anderer Prioritäten wie z.B. Brandschutz an Schulen derzeit nicht darstellbar. Die sogenannten Brachflächen sind für den Wohnungsbau vorgesehen. Es gibt bereits städtebauliche Konzepte und den Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplans. Die Erlöse aus dem Verkauf von diesen Wohnbauflächen werden von der Stadt für die Erstellung von Infrastruktur (Straßen, soziale Infrastruktur wie Schulen und Kitas und Jugendfreizeitheim) im Entwicklungsbereich Bornstedter Feld benötigt.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Ca. 2,4 Mio. Euro für Fußballplatz, Sportfunktionsgebäude und Grundstück, zuzüglich Folgekosten.

**Umsetzungszeitraum / Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?** Nein

**Grundlage der Umsetzung:** -

### Erhalt der Sportanlagen Heinrich-Mann-Allee

#### **Vorschlag:**

Die Heinrich-Mann-Allee ist für ihren Sportstandort bekannt. Die 1965 erichtete Sporthalle hat sich über Jahrzehnte bewährt und erfährt seit Jahren eine Dauerüberlastung. Sie ist Trainings- und Spielstätte vom SC Potsdam, VfL Potsdam, Judo, Schule etc. Entspannung soll die Mehrzweckhalle am weit entfernten Luftschiffhafen bringen. Vor der Heinrich-Mann-Allee befindet sich das Rollsportfeld, welches erfolgreich durch die ansässigen Vereine, Polarstern Potsdam, den Hochschulsport und den ESV Lok Potsdam genutzt wird. Hinter der Sporthalle befinden sich seit Jahren die Tennis-Anlagen vom TC Rot-Weiß, die sich am Standort über Jahrzehnte behauptet haben. Auch wenn die Stadtspitze sich einen Sportstandort (ein Schwimmbad wäre hier sehr sinnvoll gewesen) hier in den nächsten Jahren nicht mehr vorzustellen wagt, muss dieser Sportstandort erhalten bleiben.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Der vorhandene Standort ist wichtiger Bestandteil des Sportanlagenangebots der Landeshauptstadt Potsdam. Vorbehaltlich aller übergeordneten Planungen (wie z.B. Flächennutzungsplan, Stadtentwicklungskonzept oder anderweitiger Projektentwicklungen benachbarter Grundstücke) ist daher der Erhalt der vorhandenen Sporthalle und des Rollsportfeldes sinnvoll. Die Aufgabe von Sportanlagen ist laut Stadtverordnetenbeschluss nur

dann möglich, wenn entsprechender Ersatz zur Verfügung gestellt werden kann. Die Sporthalle wird aktuell vom benachbarten Gymnasium und Vereinen genutzt. Mit dem Tennisverein werden Verhandlungen zu dessen Verlagerung auf ein anderes Grundstück geführt.

Vor dem Hintergrund der Begrenztheit der finanziellen Mittel der Stadt und einer Prioritätensetzung zu Gunsten von zukünftigen Investitionen an diesem Standort (Wohnungsbau) wird auch über eine Neugestaltung des Areals bei gleichzeitigem Ersatz der vorhandenen Sportanlagen an vertretbarer Stelle nachgedacht. Dadurch könnte eine effektivere Flächennutzung entstehen.

**Kosten der Umsetzung/Folgekosten:** -

**Umsetzungszeitraum:**

Aufgrund der Sachlage, derzeitig keine Angabe möglich.

**Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja, teilweise.

**Grundlage der Umsetzung:** -

### Fußballplatz am Park Babelsberg für Freizeit- und Jugendsport

#### **Vorschlag:**

Ich schlage vor, auf der Fläche zwischen Nutheschnellstraße und Babelsberger Park einen Rasenplatz (Fußball) für den Jugend- und Freizeitsport anzulegen. Zwischen ehemaligem Zirkusplatz und dem kleinen Bolzplatz ist genug Platz einen Fußballplatz (Großfeld) zu schaffen. Dazu muss man nicht auf den Abriss der Brücke zwischen Babelsberger Park und Zentrum Ost warten. In Potsdam besteht ein dringender Bedarf an fünf bis sechs Fußballplätzen. Gerade in Babelsberg sind die Sportplätze völlig überlastet. Die Lage am Babelsberger Park ist ideal, weil der Platz aus der Berliner Vorstadt, Zentrum Ost und Babelsberg durch Kinder und Jugendliche einfach und sicher zu Fuß zu erreichen ist. Beschwerden wegen „Lärm“ sind dort kaum zu befürchten.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Einschätzung, wonach Potsdam einen Bedarf an Fußballplätzen hat, wird von der Verwaltung bestätigt. In Auswertung der Verteilung vorhandener Anlagen und Einwohnerzahlen in den einzelnen Stadtteilen sowie der Nachfrage von Bürgern und Vereinen ergibt sich ein Bedarf insbesondere für den Potsdamer Norden und Babelsberg. Auf der Fläche zwischen der Nutheschnellstraße und dem Babelsberger Park könnten nach Einschätzung der Verwaltung zwei Trainingsplätze für den organisierten Vereinsfuß-

ball und ein Bolzplatz für den Breitensport Platz finden. Die Plätze sollten üblicherweise mit Beleuchtung, Beregnung, Toren und Ballfangnetzen ausgestattet werden. In einer weiteren Ausbaustufe würde hierzu ein Sportfunktionsgebäude benötigt werden. Wegen der unmittelbaren Nähe zum Babelsberger Park ist ein denkmalrechtliches Genehmigungsverfahren erforderlich. Wegen o.g. notwendigen Einrichtungsgegenstände wäre der Umgebungsschutz des Denkmals „Park Babelsberg“ nach Auffassung der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten gefährdet und würde ggf. wichtige Sichtachsen und Blickbeziehungen und damit die Wertigkeit des Babelsberger Parks beeinträchtigen. Eine Umsetzung kann aus heutiger Sicht auch in Anbetracht der angespannten Haushaltssituation kurz- oder mittelfristig nicht erfolgen.

**Kosten der Umsetzung/Folgekosten:** Die geschätzten Kosten für die Plätze belaufen sich auf ca. 650.000 Euro. Die Kosten für ein Sportfunktionsgebäude würden sich auf ca. 250.000 Euro belaufen, zzgl. Folgekosten.

**Umsetzungszeitraum / Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?** Nein

**Grundlage der Umsetzung:** -

### Sanierung des Sportplatzes Hans-Sachs-Straße / Westkurve

#### **Vorschlag:**

Der Sport- und Spielplatz in der Hans-Sachs-Straße sollte endlich instand gesetzt werden. Das ist ein wichtiger Lebensraum. Es gibt sonst nichts ähnliches im Kiez, und der Park Sanssouci bietet ja für die Anwohner und Familien keine Möglichkeiten für Sport und Spiel. Leider! Die Bürgerforderung des Bürgerhaushalts 2008 (Platz 4!) sollte endlich realisiert werden.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Der Sanierungsbedarf des Sportplatzes Hans-Sachs-Straße ist unstrittig. Leider war bisher auf Grund von anderen Prioritäten (Brandschutz- und Sanitärmaßnahmen an Schulen) eine Berücksichtigung im mittelfristigen Investitionsplan der Landeshauptstadt Potsdam nicht möglich.

Eine Unterstützung der Sanierungsmaßnahme mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird derzeit geprüft. Die Entwicklung eines tragfähigen Sanierungskonzepts erfolgt derzeit durch den Kommunalen Immobilien Service unter Beteiligung der Schulen und des Stadtteilnetzwerkes Potsdam-West e.V.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Ca. 300.000 Euro

#### **Umsetzungszeitraum:**

2012

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja, mittelfristig vorgesehen.

#### **Grundlage der Umsetzung:**

-

### Förderung von Trainingslagern für Kindersportmannschaften

#### Vorschlag:

Kindermannschaften müssen zusammenwachsen, damit der Mannschaftsgeist und die Mitglieder gestärkt werden. Dies erfolgt oft durch Ausflüge außerhalb des normalen Trainingsablaufs, z. B. bei gemeinsamen Trainingscamps (auch im nahen Ausland). Da kommen für alle Teilnehmer schnell 5.000 Euro zusammen. Das können sich kleinere Vereine kaum leisten. Teure Camps wie z.B. Eishockeycamps in Tschechien oder Österreich sind nur durch eine spezielle Förderung für die Mannschaften möglich. Dies sollte unterstützt werden.

#### Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die gültige Satzung zur Sportförderung der Landeshauptstadt Potsdam sieht unter anderem im § 9 (2) Punkt 1.2. die Förderung von Trainingsmaßnahmen in den Schulferien vor. Auf Antrag können laut dieser Richtlinie (Punkt 1.1.2.) Zuschüsse in Höhe von bis zu 5 Euro pro Tag und Teilnehmer gewährt werden. In den vergangenen Jahren haben viele Vereine für Trainingslehrgänge in den Schulferien im Inland wie auch im Ausland einen Zuschuss bekommen.

#### Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Zuschuss für Trainingslehrgänge/Trainingslager:		
2007	14.003 Euro	(20 Trainingslager)
2008	17.128 Euro	(21 Trainingslager)
2009	15.590 Euro	(30 Trainingslager)

#### Umsetzungszeitraum:

Laufend

#### Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Ja

#### Grundlage der Umsetzung:

Sportfördersatzung der Landeshauptstadt Potsdam

### Bau einer Eisbahn für den Publikumslauf

#### **Vorschlag:**

Bau einer Eisbahn für den Publikumslauf und ggf. für Eishockey und Eiskunstlauf, die im Sommer als zusätzliche Trainingsstätte für Inlinehockey und Rollkunstlauf genutzt werden kann (ähnlich der Eisbahn in Lankwitz).

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt über ein reichhaltiges, vielfältiges Sportangebot. Über 50 Sportarten stehen den Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung. Die Schwerpunkte bilden dabei die klassischen olympischen Sommer-, Spiel und Wassersportarten. Dies ist durch Tradition und geographische Lage gewachsen. Hierzu steht ein entsprechendes Sportstättenangebot zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund der begrenzten finanziellen Möglichkeiten wird die Notwendigkeit zur Erweiterung des Angebots für o.g. Vorhaben nicht gesehen. Der Bau einer Eisbahn, ähnlich der in Lankwitz, (es handelt es sich um eine Bahn mit Kühlanlage) würde zu hohen Betriebskosten führen, die neben den Baukosten derzeit nicht zur Verfügung stehen. Mit freiwilligen ehrenamtlichen Kräften soll im kommenden Winter versucht werden, eine Naturspritzeisbahn zu erstellen.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Eishalle: bis zu ca. 20 Mio. Euro  
Offene Eislaufbahn mit Kühlanlage: bis zu ca. 4 Mio. Euro  
Naturspritzeisbahn: ca. 35.000 Euro  
jeweils zzgl. jährlicher Folgekosten

#### **Umsetzungszeitraum:**

-

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Nein

#### **Grundlage der Umsetzung:**

-

### Nutzung des Luftschiffhafens durch alle Vereine ermöglichen

#### **Vorschlag:**

Die freie Nutzung des Luftschiffhafenareals als Trainingsstätte, ist für viele Vereine sehr wichtig. Die Landeshauptstadt sollte in Zusammenarbeit mit der Pro Potsdam GmbH gewährleisten, dass dieses Areal allen Vereinen vor Ort (Fußball / Leichtathletik / Fanfarenzug / etc.) auch langfristig zur Verfügung steht und dass alle vorhandenen und geplanten Trainingsstätten nicht nur eingeschränkt genutzt werden dürfen oder einzelne Vereine vorrangig behandelt werden.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Nutzungsbeschränkungen können sich aus der Ausrichtung der Sportanlagen und aus Auflagen in Zuwendungsbescheiden bei der Errichtung, Sanierung und Modernisierung von Sportanlagen ergeben.

Die Sportanlagen des Luftschiffhafens sind für das leistungssportliche Training konzipiert und ausgerichtet. Gemeinsam mit der „Eliteschule des Sports“ (Sportschule) werden hier im Schule-Sport-Verbundsystem talentierte Sportlerinnen und Sportler trainiert und ausgebildet. Deshalb ist es erforderlich, die Anlagen sportartengerecht für das leistungssportliche Training im und nach dem Schulunterricht bereitstellen zu können. Diese spezielle Ausrichtung wird deshalb auch mit Fördermitteln des Bundesministeriums des Innern und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport

des Landes Brandenburg zweckbezogen unterstützt.

Des Weiteren sind die Sportanlagen im Luftschiffhafen bis auf das Haupt- und Nebenstadion mit Fördermitteln des Bundesministeriums des Innern und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg errichtet (Kunstrasenplatz, Naturrasenplatz, Dreifeldballspielhalle), saniert oder modernisiert worden (Schwimmhalle, Leichtathletikhalle, Ruderzentrum, Kanuzentrum, Schulturnhalle). In den Zuwendungsbescheiden ist die Nutzung für die entsprechenden leistungssportlichen Sportarten festgelegt.

Freie Zeiten sind zwar vorrangig für Landesleistungsstützpunkte in den Schwerpunktsportarten zu vergeben, trotzdem können noch verbleibende Kapazitäten für Potsdamer Vereine bereitgestellt werden. Dies erfolgt auch im maximal möglichen Umfang. Die Auflagen sind mit Zweckbindungsfristen von regelmäßig 25 Jahren versehen. Circa 20 Vereine nutzen den Luftschiffhafen, darunter auch die vorgeschlagenen. Die Nutzung des Haupt- und Nebenstadions und der Beachvolleyballplätze ist nur durch die planmäßigen Trainingszeiten eingeschränkt, ansonsten ist eine Nutzung durch den Breitensport möglich.

*Lesen Sie weiter auf der folgenden Seite 17*

### Nutzung des Luftschiffhafens durch alle Vereine ermöglichen

*Fortsetzung von Seite 16*

Die bedingungslose Umsetzung des Vorschlags wäre mit einer Neuausrichtung der sportlichen und schulischen Nutzung des Standortes und dann auch mit der anteiligen Rückzahlung von erhaltenen Fördermitteln verbunden. Der laufende Betrieb müsste jährlich mit zusätzlichen Mitteln der Stadt gewährleistet werden, die aus Sicht der Verwaltung derzeit nicht vorhanden sind. Eine vollständige Umsetzung der Nutzungsmöglichkeit für alle Vereine wird aus den genannten Gründen nicht empfohlen.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

-

#### **Umsetzungszeitraum / Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja, teilweise.

#### **Grundlage der Umsetzung:**

Beschluss Stadtverordnetenversammlung zur Bewirtschaftung des Luftschiffhafens (DS 07/SW/1060)

### Erhalt des „Treffpunkt Freizeit“ mit kostenloser Nutzung durch Vereine

#### **Vorschlag:**

Die Nutzung des Treffpunkt Freizeit für Vereine und Gruppen sollte kostenlos ermöglicht werden.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Kosten des „Treffpunkt Freizeit“-Betriebs belaufen sich derzeit auf 412.000 Euro jährlich, zzgl. Mietkosten in Höhe von 130.000 Euro. Neben dem kommunalen Zuschuss in Höhe von 357.000 Euro (zzgl. Mietkosten) sind für den kostendeckenden Betrieb auch Teilnehmerbeiträge (25.000 Euro) sowie Mieteinnahmen aus Vermietungen (30.000 Euro) zu erwirtschaften. Letztere richten sich zwar nach Nutzer/innen und Nutzungszweck/-art und werden differenziert erhoben. Sie sind grundsätzlich für den Einrichtungserhalt unverzichtbar.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Mietausfall jährlich ca. 30.000 Euro

#### **Umsetzungszeitraum:**

Laufend

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja, der Erhalt des „Treffpunkt Zeit“ wird umgesetzt. Jedoch ist die kostenlose Nutzung durch Vereine dabei nicht vorgesehen.

#### **Grundlage der Umsetzung:**

DS 10/SW/0330 (Auswahlverfahren u. -kriterien „Treffpunkt Freizeit“)  
DS 09/SW/1112 (Trägerwechsel Kindermusiktheater „Buntspecht“)

### „Freiland“ stoppen und Geld sparen

#### Vorschlag:

Die Stadt sollte auf das „freiLand“, dessen Bedarf nie ermittelt wurde, verzichten und somit verantwortungsvoll und sparsam handeln.

#### Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Bei dem auf einem von den Stadtverordneten beschlossenen Konzept basierenden Modellprojekt „freiLand“, das zunächst für die Dauer von drei Jahren angelegt ist, handelt es sich um jugend- und soziokulturelles Zentrum in Potsdam. Mit „freiLand“ soll ein Zentrum selbstbestimmter und selbstorganisierter Jugendkultur entstehen, das jungen Potsdamerinnen und Potsdamern Räume zur freien Gestaltung bzw. Realisierung eigener kreativer und künstlerischer Möglichkeiten sowie zur Entwicklung von Projekten zur politischen Bildung und zur demokratischen Praxis bietet. Ein Verzicht auf das Modellprojekt „freiLand“ wird nicht befürwortet, da erstens der Prozess in seiner Umsetzung schon zu weit fortgeschritten ist und zweitens ein Stopp dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Umsetzung des Projekts „freiLand“ widersprechen würde.

#### Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

300.000 Euro Investitionskosten in 2010  
125.000 Euro Zuschuss für den laufenden Betrieb / jährlich

#### Umsetzungszeitraum:

2010 - 2013

#### Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Nein

#### Grundlage der Umsetzung:

DS 10/SVV/0109 (Umsetzung des 10plus-Punkte Planes Jugendsozialkultur / Umsetzung des Projekts „freiLand“)

### „ARCHIV“ – Weiterbetrieb dauerhaft sichern

#### **Vorschlag:**

Das alternative Kulturhaus in der Leipziger Straße ist weiterhin von Schließung bedroht! Wie die öffentliche Diskussion gezeigt hat, ist das Archiv ein großer und unverzichtbarer Standort für nicht-konsumorientierte, nicht-kommerzielle und partizipative Alternativkultur in Potsdam, der bereits auf eine 16-jährige Tradition zurückblicken kann. Leider gestaltet sich die Überlebenssituation des Archivs immer noch schwierig. Gründe dafür sind: Die nur teilweise Brandschutzsanierung und die aufgrund unzureichender finanzieller Mittel noch völlig offene Frage anderer dringend notwendiger Reparaturen, sowie der Umstand, dass für das Archiv bisher keine langfristig verlässlicher Mietvertrag existiert. Der Vorschlag lautet also, dem Archiv ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Brandschutzsanierungen vervollständigt und die notwendigen Reparaturen durchgeführt werden können. Das Archiv will keine überzogene und überbeuerte Luxus-sanierung, sondern lediglich das was zum dauerhaften Erhalt des Standorts gebraucht wird!

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Bereits im Rahmen des Bürgerhaushalts 2010 wurde die Brandschutzsanierung des „Archiv“ auf Platz 1 der 20 wichtigsten Bürgervorschläge gewählt. Um dem Bürgerwunsch zu entsprechen und die Weiterführung des

Archiv e.V. zu sichern, stellte die Landeshauptstadt Potsdam daraufhin für 2010 einen zusätzlichen Betrag in Höhe 225.000 Euro zur Finanzierung der notwendigen betriebssichernden Baumaßnahmen zur Verfügung. An der Umsetzung des Brandschutzkonzeptes wird derzeit gearbeitet. In intensiven Gesprächen mit den Vertretern des Vereins Archiv e.V. wurden weiterführende Lösungsmöglichkeiten zum dauerhaften Betrieb des Archiv e.V. diskutiert und erörtert. Dazu gehören auch Aspekte aus baulicher wie vertraglicher Sicht. Die Landeshauptstadt Potsdam wird weiterhin gemeinsam mit dem Archiv e.V. und der Arbeitsgruppe Jugend- und Soziokultur nach Möglichkeiten suchen, das Archiv dauerhaft zu sichern und somit an der Umsetzung des Vorschlags arbeiten.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Abhängig vom Sanierungsbedarf

#### **Umsetzungszeitraum:** Laufend

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?** Ja, teilweise.

**Grundlage der Umsetzung:** DS 09/SW/0868 (Stadtverordnetenbeschluss zur Unterstützung des Archiv e.V.)

### Naturkundemuseum: Einnahmenerhöhung

#### Vorschlag:

Durch die Freigabe des Naturkundemuseums für besondere Events und Veranstaltungen und daraus resultierenden Mieteinnahmen, sowie durch höhere Eintrittsgelder für Sonderausstellungen, könnten die Einnahmen des Naturkundemuseums erhöht werden.

#### Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Das Naturkundemuseum hat von den musealen Einrichtungen der Stadt den höchsten Deckungsgrad. Angebote für die Nutzung von Räumen des Naturkundemuseums für besondere „Events“ (Feiern, Kindergeburtstage, Tagungen, Pressekonferenzen) bestehen und haben bereits eine maximale Auslastung erreicht. Eine Ausweitung scheitert an den begrenzten Raumverhältnissen.

Die Höhe der Eintrittsgelder richtet sich nach der Entgeltordnung, die den Bildungsauftrag und soziale Aspekte berücksichtigt. Im Vergleich der Naturkundemuseen in Deutschland liegt Potsdam im oberen Feld der Eintrittspreise. Ein gesonderter Eintritt für Sonderausstellungen wird bisher nicht erhoben. Die Einführung dessen wird auch nicht befürwortet, da dieser zu höheren Personalkosten, zu Einnahmeverlusten und zum Besucherrückgang führen würde.

#### Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

-

#### Umsetzungszeitraum:

-

#### Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Nein

#### Grundlage der Umsetzung:

-

### Volkshochschule: Kurse für Grundbildung sichern

#### **Vorschlag:**

Die Volkshochschule ist für alle wichtig, vor allem aber auch für Schüler ohne Abschluss. Ältere Bürger merken erst später, dass sie gerade noch lesen, aber schlecht in der Muttersprache schreiben können. Sie stehen sowieso im Abseits... Die Angebote für solche Altersgruppen sollten ausgebaut und stärker beworben werden.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Volkshochschule führt seit vielen Jahren Kurse der Grundbildung („Lesen und Schreiben“, „Mathe auf Schritt und Tritt“ sowie „Schreiben und informieren am PC“) durch und ist Mitbegründer des „Alphabündnisses Potsdam“. Die Kurse werden gut angenommen, auch dank einer Vielzahl von Multiplikatoren (PAGA, Jugendamt, Stadt- und Landesbibliothek, IHK, Diakonisches Werk u.a.). Auch im neuen Jahresprogramm der Volkshochschule (2010/11) sind diese Angebote wieder vorhanden.

Diese Kurse werden bisher mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds und Landesmitteln gefördert. Als einer von acht bundesweiten Modellstandorten von EQUALS („Erhöhung von Effizienz und Qualität in der Alphabetisierung durch Lebensweltforschung und Entwicklung sozialintegrativer Beratungs- und Lernangebote“) wurde über zwei Jahre eine Koordinatorenstelle finanziert, die im September 2010 ausläuft.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Für eine Weiterführung dieser Tätigkeit zur Verstetigung des Angebots wären jährlich 16.250 Euro nötig.

#### **Umsetzungszeitraum:**

Fortlaufend

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Der Vorschlag wird in Ansätzen umgesetzt solange eine Förderung durch den Europäischen Sozialfond anhält. Wenn die EQUALS-Koordinatorenstelle nicht weitergeführt wird, ist ein Rückgang von Kursen zu befürchten.

#### **Grundlage der Umsetzung:**

Gesetz zur Regelung und Förderung der Weiterbildung im Land Brandenburg (Brandenburgisches Weiterbildungsgesetz – Bbg WBG)

### Potsdam Museum: Sanierung des Alten Rathauses und Nutzung

#### Vorschlag:

Im Vergleich zu Stadtmuseen in europäischen Städten von Bedeutung (wie z.B. Salzburg), ist die Ausstattung, der derzeitige Standort, das Raumangebot und der Etat für Öffentlichkeitsarbeit des Potsdam Museums blamabel für eine Stadt wie Potsdam, die so sehr vom Tourismus lebt und auf ihn setzt. Neben preußischen Schlössern und Gärten, muss eine Stadt von Potsdams Rang aber auch einen Ehrenplatz für die Geschichte ihrer Bürger bereithalten. Deshalb ist die Entscheidung für den Standort am Alten Markt zu begrüßen und lässt die Bürgerinnen und Bürger der Stadt hoffen. An den Zusagen und dem Zeitplan für den Standort Alter Markt darf nun aber nicht mehr gerüttelt werden. Ganz im Gegenteil, alle sollten von nun an, an einem Strang ziehen - ist es doch eine große historische Chance ein erfolgreiches Stadtmuseum an einem Ort wie dem Alten Markt neu zu etablieren. Begleitet werden sollte der Prozess durch öffentlichen Bürgerveranstaltungen der Stadt zum Fortschritt des Projekts. Bis zur Eröffnung muss das Museum zudem rechtzeitig einen ordentlich ausgestatteten Etat bekommen, um in Berlin und Brandenburg aber auch überregional und international für sich werben zu können. Denn wem nützt ein Stadtmuseum von dem niemand etwas weiß?

#### Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Derzeit wird der Gebäudekomplex mit 7,2 Mio. Euro grundlegend saniert, die Eröffnung ist für 2012 geplant. Das neu konzipierte Museum erfüllt alle Anforderungen an ein zeitgemäßes Ausstellungshaus. Es verfügt künftig über die notwendigen Voraussetzungen für die Präsentation stadtbezogener, überregionaler und europäischer Themen in Ausstellungen und Veranstaltungen. Auf einer Fläche von 650 m<sup>2</sup> präsentiert sich künftig die neue und modern konzipierte Dauerausstellung zur Stadtgeschichte. Für die „Galerie Bildende Kunst“ stehen künftig 220 m<sup>2</sup> zur Verfügung. Zusätzlich können Sonderausstellungen auf einer Fläche von 320 m<sup>2</sup> präsentiert werden.

Im Rahmen der Planung der Neueröffnung des Hauses stellt auch die Öffentlichkeitsarbeit einen wesentlichen Bestandteil dar. Bereits für das Haushaltsjahr 2010 ist deshalb eine einmalige Erhöhung des Etats von 15.000 auf 22.300 Euro vorgenommen worden. Die bisherige Planung bis 2013 sieht dabei ein Budget von jährlich 19.000 Euro vor. Der Etat für Öffentlichkeitsarbeit soll durch Umschichtung innerhalb des Museums

*Lesen Sie weiter auf der folgenden Seite 24*

# Potsdam Museum: Sanierung des Alten Rathauses und Nutzung

*Fortsetzung von Seite 23*

bereits vor der Eröffnung erhöht werden, um das Haus auch national bewerben zu können.

### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Städtischer Zuschuss für das Museum: 1,3 Mio. Euro / Jahr (bis 2013),  
davon 19.000 Euro / Jahr für Informationsmaterialien der Öffentlichkeitsarbeit (bis 2013)

### **Umsetzungszeitraum:**

Eröffnung geplant in 2012

### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja, ab 2011 und Folgejahre

### **Grundlage der Umsetzung:**

Stadtverordnetenbeschluss  
(DS 08/SW/0210, Standort Potsdam-Museum)

### Projektbezogene Förderung zur Beseitigung von Graffiti

#### Vorschlag:

Flächen die stetig mit Graffiti beschmiert werden, sollten Künstlern, welche ein sinnvolles Verschönerungskonzept für diese Fläche einreichen, zur Verfügung gestellt werden. Bürger sollten einen Ansprechpartner über Brennpunkte und Konzepte informieren können. Die Umsetzung geprüfter und für sinnvoll befundener Verschönerungskonzepte, sollte dann durch die Stadt gefördert werden. Künstler bekommen dadurch die Möglichkeit, eine Vorbildfunktion gegenüber unprofessionellen Sachbeschädigern einzunehmen und so Bewusstsein für ausdrucksstarke Kunst und intensive Arbeit zu schaffen. Zusätzlich sollten dann an den gestalteten Flächen Werbetafeln angebracht werden können, die Einnahmen für die Umsetzung von weiteren Verschönerungskonzepten erbringen.

Entscheidende Vorteile dieses Vorschlags: Verschönerung des Wohnumfeldes / Künstlerförderung / Entstehung nachhaltiger Kunstwerke / Schaffung von künstlerischen Freiräumen / Kompensierung von illegalen Graffiti-Schmierereien / Einsparung von Geldern für aufwändige Fassadenreinigungen / Förderung von zwischenmenschlichen Beziehungen / Erfahrungsaustausch / Aufbau eines Dialogs zwischen Jung und Alt.

#### Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Ein ähnlicher Vorschlag wurde bereits im Bürgerhaushalt 2010 auf Platz 7 der Top-20-Liste gewählt und als Prüfauftrag an die Verwaltung gerichtet. Der

Vorschlag wird grundsätzlich begrüßt. Hinsichtlich der konkreten Umsetzung sind unter Berücksichtigung der stadtplanerischen, sozialräumlichen/stadtteilbezogenen und inhaltlichen Ausrichtung solcher Projekte zunächst unterschiedliche Akteure einzubeziehen, so beispielsweise die Fachbereiche Kultur und Museum, Stadtplanung und Bauordnung, ggf. Stadterneuerung und Denkmalpflege, vor allem aber auch zur fachlichen Begleitung der Beirat Kunst im öffentlichen Raum. Überlegenswert wäre es, die Gestaltung von Flächen im Sinne des Vorschlags insbesondere in Zusammenarbeit mit Bildungsinstitutionen und Kunst- oder Kulturakteuren zur inhaltlichen Profilierung der Projekte vorzunehmen.

Die Berücksichtigung des Vorschlags im Rahmen der Erarbeitung eines Konzepts für Bildende Kunst in der Landeshauptstadt Potsdam ist vorstellbar.

**Kosten der Umsetzung/Folgekosten:** Abhängig vom Projektumfang

**Umsetzungszeitraum:** 2011 und Folgejahre

**Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?** Im vorgeschlagenem Sinne findet derzeit keine Umsetzung statt. Gleichwohl ist die Kunst im Öffentlichen Raum wichtiger Bestandteil der Potsdamer Kulturvielfalt.

**Grundlage der Umsetzung:** -

### Mehr Freiräume / Probenräume für die Musik!

#### **Vorschlag:**

Mein Vorschlag bezieht sich auf den Mangel an Proberäumen in und um Potsdam. Ich stoße oft auf Anzeigen von Musikern, die einen eigenen Probenraum suchen. Daher wäre mein Vorschlag, mehr Räume zu schaffen, um mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, zu üben. Man könnte in bestehenden Freizeiteinrichtungen Räume schaffen oder ein Musikfreizeithaus für Potsdam schaffen.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

In der Landeshauptstadt Potsdam gibt es in den verschiedenen Kinder- und Jugendeinrichtungen, soziokulturellen Zentren und anderen Einrichtungen die Möglichkeit, Bandprobenräume zu mieten. Derzeitig ist es notwendig, sich dabei mit den einzelnen Trägern in Verbindung zu setzen.

Darüber hinaus soll mit der Umsetzung des Modellprojekts „freiLand“ ein Zentrum selbstbestimmter und selbstorganisierter Jugendkultur entstehen, das jungen Potsdamerinnen und Potsdamern Räume zur freien Gestaltung bzw. Realisierung eigener kreativer, künstlerischer Möglichkeiten sowie zur Entwicklung von Projekten zur politischen Bildung und zur demokratischen Praxis bietet. Das Konzept sieht in der zweiten Phase auch die Schaffung von Bandprobenräumen vor.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Die Miete der Bandprobenräume in Kinder- und Jugendeinrichtungen ist kostenpflichtig und bei der jeweiligen Einrichtung zu erfragen. Für die Schaffung von Bandprobenräumen im Projekt „freiLand“ entstehen der Landeshauptstadt Potsdam, nach derzeitigem Stand - neben dem jährlichen Zuschuss in Höhe von 125.000 Euro für den laufenden Betrieb bis 2013 - keine zusätzlichen Kosten.

#### **Umsetzungszeitraum:**

2010 - 2013

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja

#### **Grundlage der Umsetzung:**

DS 10/SVV/0109 (Umsetzung des 10plus-Punkte Planes Jugendsozialkultur / Umsetzung des Projekts „freiLand“)

### Bessere Unterstützung der Musikschule Potsdam

#### **Vorschlag:**

Musik ist wichtig und macht Spaß! Damit es sich alle Familien leisten können, ihre Kinder an Musik heranzuführen, ist es notwendig, dass die städtische Musikschule gefördert und unterstützt wird. Nirgendwo sonst in Potsdam gibt es zudem so viele Möglichkeiten, der Ensemble und Orchesterbildung.

Für den Einzelunterricht werden mehr fest angestellte Musiklehrer benötigt. Grund für diesen Vorschlag sind unzumutbare Wartezeiten bei Wunsch nach Einzelunterricht. Die Kinder lernen im Instrumentenkarussell vier bis sechs verschiedene Instrumente kennen und können diese anschließend NICHT erlernen, weil keine Kapazitäten frei sind. Beispielsweise liegen die Wartezeiten für Akkordeon oder Schlagzeug bei einem Jahr oder länger. Durch steigende Geburtszahlen in Potsdam, werden auch die Wartezeiten steigen. Dem gilt es vorzubeugen!

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Steigende Geburten- und Zuzugszahlen sowie eine stetig wachsende Nachfrage lassen die Musikschule tatsächlich an den Rand ihrer Kapazitätsgrenze und darüber hinaus gelangen. Die Musikschule steuert im Moment dagegen, indem verstärkt Gruppenunterricht angeboten wird und neue Angebote entwickelt werden, um die Wartezeit zu verkürzen und mehr

Schülerinnen und Schülern den Unterricht zu ermöglichen. Das kann das Problem teilweise lösen.

Die andere hier vorgeschlagene Möglichkeit, mehr festangestellte Lehrkräfte zu beschäftigen, ist aus Sicht der Musikschule grundsätzlich begrüßenswert, zumal während der vergangenen Jahre der festangestellte Lehrkörper stetig verkleinert werden musste.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Ca. 50.000 Euro / Jahr pro Lehrkraft

#### **Umsetzungszeitraum:**

2010-2014

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja, bezüglich der neuen Angebote der Musikschule.

Nein, bezüglich der personellen Maßnahmen.

#### **Grundlage der Umsetzung:**

-

### Einsparpotential bei Mieten für Musikschule

#### **Vorschlag:**

In einem Beispiel aus Stendal wurde darüber nachgedacht, die vorhandenen Räumlichkeiten der städtischen Schulen zu einem sogenannten Bildungscampus zusammenzufassen. Bis zum Nachmittag ist dort regulärer Unterricht. Am Nachmittag bzw. Abend werden die Räumlichkeiten durch die Volkshochschule oder die Musikschule genutzt. So wurden erhebliche Summen an Ausgaben für Mieten und Gebäudeunterhalt gespart. Vielleicht sind auch in Potsdam solche Einsparpotentiale vorhanden, welche mit einem intelligenten Gebäude- und Raummanagement besser genutzt werden könnten.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Musikschule als eigenständige Einrichtung sollte auch über ein eigenes Gebäude verfügen. Viele Nutzer der Musikschule heben hervor, dass sie gerade die Atmosphäre der Häuser schätzen und ehemalige Schüler betonen, dass die Musikschule während der Jahre eine musikalische Heimat geworden ist.

Kernbereich der Potsdamer Musikschularbeit ist das Ensemblespielen. Mit hauptsächlich dezentral arbeitenden Lehrkräften wäre eine Ensemblearbeit in der gewohnten Qualität und Quantität jedoch nicht möglich.

Zum Vorschlag die Summe der Ausgaben für Räumlichkeiten durch die Nutzung von städtischen Schulen zu reduzieren, muss aus Sicht des Fachbereichs ergänzt werden, dass allgemeinbildende Schulen verstärkt nachmittags arbeiten (z.B. Ganztagschulen) und die Musikschule auch zunehmend vormittags tätig wird (z.B. Elementare Musikpädagogik). Weiterhin würden in den Schulen aufwendige Nachrüstungen für Schallschutz, Störschalldruckpegel sowie Akustik der Räume notwendig. Daneben wären Haftungsfragen zu klären, da teure Instrumente der Musikschule (z.B. Klaviere, Flügel, Schlagzeuge, Kontrabässe) während der regulären Unterrichtszeiten der allgemeinbildenden Schule ohne Aufsicht wären. Neben den Instrumenten müssten ebenfalls Noten und Unterrichtsmaterialien in der allgemeinbildenden Schule untergebracht werden. In diesem Zusammenhang würden ebenfalls Gebäudeunterhalts- und Mietkosten anfallen.

Aktuell bietet die Musikschule auch bereits Unterricht in allgemeinbildenden Schulen dezentral an, wo die Schule diese Kooperation angestrebt hat. Für diese Kooperationen besteht seitens der Musikschule allergrößte Offenheit.

*Lesen Sie weiter auf der folgenden Seite 29*

## Einsparpotential bei Mieten für Musikschule

*Fortsetzung von Seite 28*

**Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Die möglichen Einsparungen für Gebäudeunterhalt und Mietkosten sind derzeit nicht darstellbar, weil für die Musikschule in den allgemeinbildenden Schulen ebenfalls Gebäudeunterhalts- und Mietkosten anfallen würden, so dass man die derzeitigen Miet- und Unterhaltskosten nicht 1:1 reduzieren kann.

**Umsetzungszeitraum:**

-

**Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Nein

**Grundlage der Umsetzung:**

-

### Kitabeiträge reduzieren

#### **Vorschlag:**

Potsdam hat deutschlandweit mit die höchsten Kitagebühren. Es gilt, diese zu reduzieren.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die in Potsdam geltenden Kitagebühren richten sich nach einer seit 2003 gültigen Beitragstabelle. Danach staffeln sich die Beiträge schrittweise nach Einkommensklassen der Eltern. Potsdam richtet sich dabei nach dem Prinzip einer „Solidargemeinschaft“. So müssen Potsdamer Familien mit geringem Einkommen, im Gegensatz zu Familien mit höherem Einkommen, nur wenig oder gar keine Gebühren zahlen.

Gemäß § 17 Absatz 3 Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg werden die Elternbeiträge vom Träger der Einrichtung festgesetzt und erhoben. In der Landeshauptstadt Potsdam werden seit 2009 ausschließlich Kindertagesstätten in freier Trägerschaft betrieben. Freie Träger, die einen finanziellen Zuschuss der Stadt erhalten, sind verpflichtet, die in der Elternbeitragsordnung der Landeshauptstadt Potsdam enthaltenen Mindestelternbeiträge nicht zu unterschreiten. Durch den Zuschuss der Stadt wird der Unterschiedsbetrag zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen und so für eine Vollfinanzierung der Einrichtung gesorgt.

Eine Reduzierung der Elternbeiträge könnte nur dann umgesetzt werden, wenn die Kitafinanzierungsrichtlinie / Elternbeitragsordnung dahingehend geändert wird, dass dort keine Mindesthöhe für Elternbeiträge gefordert wird. Dies hätte zur Folge, dass die verminderten Einnahmen aus Elternbeiträgen durch erhöhte städtische Zuschüsse kompensiert werden müssten. Eine weitere Erhöhung der finanziellen Zuschüsse ist aufgrund der angespannten Haushaltslage jedoch derzeit nicht vorgesehen.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Folgekosten können nicht beziffert werden, da Änderungen der Elternbeiträge durch die freien Träger unterschiedlich vorgenommen werden müssten. Gleichzeitig müsste die Kita-Finanzierungsrichtlinie angepasst werden.

#### **Umsetzungszeitraum: -**

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Nein

#### **Grundlage der Umsetzung: -**

### Mehr Personal / Besserer Betreuungsschlüssel in Kitas

#### **Vorschlag:**

Zur Erfüllung des hohen Bildungsauftrags ist eine Veränderung des Personalschlüssels unumgänglich. Um den Anspruch „Kinderfreundliche Stadt“ gerecht zu werden, reicht es nicht, auf eine hohe Anzahl an Kitaplätzen zu verweisen. Das Wohl und vor allem die individuelle Entwicklung unserer Kinder ist vor allem an qualitative Arbeit mit Kindern gebunden. Wenn Bildung in Potsdam tatsächlich so wichtig genommen wird, wie im Wahlkampf gern behauptet, dann ist es dringend notwendig, Grundlagen zu schaffen: mehr ErzieherInnen in die Kindergärten! Ein besserer Betreuungsschlüssel muss her. Brandenburg ist da Schlusslicht, so auch Potsdam. Die Stadt sollte hier schnellstmöglich mehr investieren und den schlechten Schlüssel des Landes durch eigene finanzielle Zuschüsse ausgleichen!

Kitas dürfen nicht ein Ort der Aufbewahrung werden. Die Kinder sind unsere Zukunft. Die „Verbesserung“ zum 1.10.2010 ist mehr als halbherzig! Wer hier spart, braucht später zu oft für die Schadensbegrenzung sehr viel Geld.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Personalausstattung bzw. der Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten ist durch das Kindertagesstättengesetz des Landes Brandenburg (KitaG) geregelt. Veränderungen in der geforderten Weise sind also nur durch

eine Änderung des Kindertagesstättengesetzes möglich. Der Betreuungsschlüssel wird sich durch die geplante Novellierung des Kindertagesstättengesetzes ab 1.10.2010 im Bereich der Krippen- (Altersgruppe von 0 - 3, Betreuungsschlüssel von auf 7 auf 6) und Kindergartenbetreuung (Altersgruppe von 3 - 6, Betreuungsschlüssel von 13 auf 12) verbessern.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Durch die Novellierung des Kindertagesstättengesetzes erhält die Landeshauptstadt Potsdam höhere finanzielle Zuschüsse vom Land Brandenburg, jedoch entstehen daneben städtische Mehrkosten in Höhe von 610.300 Euro (in 2011). Eine weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels durch weitere finanzielle Zuschüsse ist nicht quantifizierbar, da die gewünschte Änderung in der Vorschlagbeschreibung fehlt.

#### **Umsetzungszeitraum:** Ab 1.10.2010

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja, zum Teil (Novellierung Kindertagesstättengesetz)

#### **Grundlage der Umsetzung:**

Novellierung des Kindertagesstättengesetzes ab 1.10.2010

### Zentrale Vergabestelle / Beauftragter für Kitaplätze

#### **Vorschlag:**

Es ist für Eltern schon vor der Geburt des Kindes ein großer Sorgenpunkt, dass es in Potsdam so schwer ist, eine Kinderbetreuung für die Kleinsten zu finden. Es ist kaum ein Trost, dass letztlich noch jeder etwas bekommen hat, oft führt das zu weiten Wegen. Eine öffentliche, transparente Liste von Tagesmüttern und deren Kapazitäten wäre toll sowie eine Tauschbörse. Oder eine Art Sonderbeauftragter für Kinderbetreuung, so dass man sich an den wenden kann, wenn man leer ausgegangen ist oder wenn man unzumutbare Wege hat. Weil bei einem solchen alle Fäden zusammenlaufen, kann er sicher noch einiges über Tausch richten.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Ab Januar 2011 soll als Modellprojekt für zwei Jahre ein „Betreuungsplatzservice für Kita und Tagespflege“ in der Landeshauptstadt Potsdam eingerichtet werden. Die persönliche Beratung zu freien Plätzen sowie zu den pädagogischen Profilen der Kindertagesstätten steht dabei im Vordergrund. Die Beratung schließt die Vorbereitung der Bescheiderteilung (u.a. Prüfung der erforderlichen Unterlagen), die Kontaktaufnahme zu den Trägern der Kitas und Tagespflege sowie die Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie mit ein.

Die Beratung der Eltern zu den pädagogischen Profilen der Einrichtungen, die Erteilung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz sowie die Beratung zu freien Plätzen sind Aufgaben des Fachbereichs Kinder, Jugend und Familie (Kindertagesstättengesetz § 2). Aufgrund der ständig steigenden zu betreuenden Kinderzahlen und den in diesem Zusammenhang notwendigen Neueröffnungen von Einrichtungen wird voraussichtlich Anfang 2011 eine bürgerfreundliche Anlaufstelle geschaffen, bei der Eltern kompetent und sachkundig zu allen zum Thema Kitaplatzanspruch relevanten Fragen „aus einer Hand“ beraten werden.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

Erstausstattung: 11.700 Euro // Miete: 5.000 Euro // Betriebskosten: 1.950 Euro // Erstattung an Leistungserbringer: 75.000 Euro

**Umsetzungszeitraum:** Ab Januar 2011

**Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?** Ja, zur Zeit wird eine Ausschreibung durch die Verwaltung vorbereitet.

#### **Grundlage der Umsetzung:**

U.a. Mitteilung im Jugendhilfeausschuss vom 27.05.2010

### Ausbau des Radwegesystems zeitnah realisieren

#### Vorschlag:

Potsdam ist 20 Jahre nach der Wende von einem funktionierenden, sicheren, markierten, erkennbaren, logischen, beschilderten Radwegesystem Lichtjahre entfernt. Wer immer mal mit dem Rad durch Potsdam fährt und dies überlebt, wird das bereits nach 100 m bemerken. Wie lange wird es noch dauern bis hier was - erkennbares - passiert... und hoffentlich ohne weitere Unfälle!! Punktuelle, unfertige und halbherzige Lösungen helfen da nicht.

Ich halte die Ausgaben für Investitionen (Radwege) in Höhe von 380.000 Euro im Verhältnis zum laufenden Aufwand von 600.000 Euro für zu gering, denn ich spüre als täglicher Radfahrer (statt Auto), dass zur Neuanlage bzw. Kennzeichnung von Radwegen in Potsdam noch viel zu tun ist. Die Beträge sollten zukünftig erhöht werden.

Eine Radfahrergerechte Stadt verbessert die Wohnqualität, die öffentliche Gesundheit und den Umgang der Bürger miteinander:

- weniger Konflikte von Radfahrern mit anderen Verkehrsteilnehmern (Autos, Fußgänger, ÖPNV, LKW), denn man muss als Radfahrer nicht ständig mit einem schlechten Gewissen durch die Stadt fahren oder sich von stärkeren Verkehrsteilnehmern bedrängt fühlen.

Vorschläge wären, mehr legale UND sichere Wege für Radfahrer:

- Radwege auf jeder Seite in zwei Richtungen befahren, z.B. Breite Straße
- Straßen mit grobem Steinpflaster „entschärfen“

- Einbahnstraßen für Radfahrer in beiden Richtungen freigeben
- Shared Space (gemeinsam genutzter Verkehrsraum) weiter umsetzen

#### Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Grundsätzlich unterstützt der Vorschlag die Zielrichtung der städtischen Radverkehrsstrategie und des Radverkehrskonzepts der Landeshauptstadt Potsdam. Im Zeitraum von 2009 bis 2014 ist geplant, insgesamt 5,2 Mio Euro entsprechend dem Radverkehrskonzept einzusetzen. Tatsächlich werden diese finanziellen Mittel hälftig den Investitionen und dem laufenden Aufwand zugeordnet. Die Komplexität des Vorschlags ist unter dem Aspekt der Genehmigungsfähigkeit mit anderen Fachdienststellen zu prüfen. In den bisherigen Verfahren zum Radverkehrskonzept wird lösungsorientiert alles unternommen, um den Qualitätsanspruch auch für den Radverkehr zu erfüllen.

**Kosten der Umsetzung/Folgekosten:** Jährlich 866.000 Euro

**Umsetzungszeitraum:** Im laufenden Prozess des Radverkehrskonzepts

**Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?** Ja

**Grundlage der Umsetzung:**

Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam (DS 08/SW/0455)

### Überprüfung der Fahrradabstellmöglichkeiten im Stadtgebiet

#### Vorschlag:

Viele Bewohner der Stadt nutzen die Möglichkeit, mit der Bahn zur Arbeit zu fahren. Auch Touristen sind gerne mit dem Fahrrad unterwegs. Vielerorts fehlen Fahrradabstellmöglichkeiten:

1. Viele Anwohner des Stadtteils Potsdam-West fahren mit dem Fahrrad zum Bahnhof. Gerade am Bahnhof Charlottenhof fehlen aber die Abstellmöglichkeiten für Räder. Diese werden aus Mangel kreuz und quer abgestellt und stellen damit auch eine Gefahrenquelle da. Hier sollten weitere Fahrradständer eingerichtet werden.
2. Am Eingang Hauptbahnhof Süd und auch Nord sollte man die Fahrradständer und die Abstellmöglichkeiten überprüfen. Diese Plätze sehen katastrophal aus. Hier sollte eine bessere Möglichkeit gefunden werden, vor allem viel mehr Platz.
3. Wunderbar finde ich auch die Einrichtung großer Fahrradabstellflächen im Holländischen Viertel. Dies sollte auch in der Nähe der Brandenburger Straße durchgesetzt werden. Beispielsweise direkt Ecke Friedrich-Ebert-Str. / Brandenburger Straße. Somit hätten Besucher auch die Möglichkeit Ihre Fahrräder abzustellen und direkt in der Innenstadt zu bummeln. Auch im Zusammenhang des aktuellen Wettbewerbs „Fahrradfreundlichstes Geschäft“ wäre diese Maßnahme klar zu befürworten.

#### Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

1. Bahnhof Charlottenhof:

Die Fahrradabstellanlagen im Bahnhof Charlottenhof wurden in den letzten Jahren erweitert und entsprechen dem aktuellen Auslastungsgrad. In der Regel gibt es eine geordnete Abstellung von Fahrrädern. Aus Sicht des Fachbereichs Grün- und Verkehrsflächen der Landeshauptstadt Potsdam besteht kein unmittelbarer Handlungsbedarf.

2. Potsdam Hauptbahnhof:

Die unzureichende Ausstattung mit Fahrradabstellanlagen im Bereich des Hauptbahnhofs Nord und Süd ist der Verwaltung bekannt. Aufgrund der begrenzt zur Verfügung stehenden öffentlichen Verkehrsflächen bedarf es einer konzentrierten Aktion vom Management des Potsdam-Centers, der DB AG Station+Service und der Stadtverwaltung Potsdam, um weitere Bedarfsflächen zu erschließen. Unter anderem werden auch Umnutzungen von vorhandenen Baulichkeiten in Betracht gezogen.

3. Brandenburger Straße:

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen der „Barocken Innenstadterweiterung“ kann die Brandenburger Straße erneut überprüft werden, um den

*Lesen Sie weiter auf der folgenden Seite 35*

### Überprüfung der Fahrradabstellm. im Stadtgebiet

*Fortsetzung von Seite 34*

gestiegenen Bedarf an Fahrradabstellanlagen gerecht zu werden. Hierzu werden Gespräche innerhalb der Fachverwaltungen geführt. Der Vorschlag greift eine Idee (Holländisches Viertel) auf, die als Pilot-Projekt bis Oktober 2010 durchgeführt wird. Die Ergebnisse werden in die Beurteilung weiterer Fahrradabstellanlagen in der Innenstadt einfließen.

**Kosten der Umsetzung/Folgekosten:** -

**Umsetzungszeitraum:**

Im laufenden Prozess des Radverkehrskonzepts

**Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja

**Grundlage der Umsetzung:**

Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam (DS 08/SVV/0455)

### Fahrradverbindung vom Hauptbahnhof zum Kiewitt

#### Vorschlag:

Meines Erachtens ist eine Direktverbindung für Fahrradfahrer vom Potsdamer Hauptbahnhof bis zur Zeppelinstr. (und weiter) direkt an der Bahnlinie zu realisieren. Dies wäre ein enorm wichtiger Pluspunkt für die fahrradfreundliche Stadt Potsdam. In Zeiten knapper Kassen sollte zumindest in Aussicht gestellt werden, wann die Maßnahme realisiert werden kann.

#### Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Dieser Vorschlag wurde bereits im Bürgerhaushalt 2010 auf Platz 13 der Top-20-Liste gewählt. Laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sollte die Verwaltung prüfen, ob eine Integration in das Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam möglich ist.

Eine entsprechende Verbindung zwischen Hauptbahnhof und Kiewitt ist im Radverkehrskonzept derzeit als Nebenroute bzw. als perspektivische Netzergänzung enthalten. Die Verbindung ist bisher jedoch nicht Teil der Routen, die prioritär hergestellt werden sollen. Eine kurzfristige Realisierung wird auf Grund alternativer Routen jedoch nicht als erforderlich erachtet. Die Verbindung müsste zudem zusätzlich zu den bereits geplanten Radverkehrsmaßnahmen finanziert werden.

#### Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

150.000 Euro

#### Umsetzungszeitraum:

-

#### Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Nein

#### Grundlage der Umsetzung:

-

### Fahrradweg von Babelsberg nach Potsdam-Nord

#### **Vorschlag:**

Ich befürworte Fahrraddirektverbindungen. Beispielsweise von Babelsberg nach Potsdam Nord. Diese Strecke sollte meines Erachtens an erster Stelle des Radwegekonzepts stehen.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Verbindung ist nach dem Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam eine Hauptroute erster Stufe. Als wichtiger Meilenstein wurde der Radweg zwischen der Berliner Straße und der Rudolf-Breitscheid-Straße im Zuge der L 40 im Jahr 2009 im Zwei-Richtungs-Verkehr fertiggestellt. Die Verbindung entlang des Babelsberger Parks sollte mit Fertigstellung des zweiten Nutzungsabschnittes der L 40 nach Bereitstellung der finanziellen Mittel auch abgeschlossen werden. Die Verbindung nach Potsdam-Nord wird mit Beendigung der Bauarbeiten in der Alleestraße hergestellt.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

320.000 Euro

#### **Umsetzungszeitraum:**

2010 - 2015

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja

#### **Grundlage der Umsetzung:**

Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam (DS 08/SWV/0455)  
Bauabschnitt 2.2 der L 40

### Fahrradweg zwischen Babelsberger Park und Alt-Nowawes ausbessern

#### **Vorschlag:**

Der Fahrradweg zwischen Babelsberger Park und Alt-Nowawes ist dringend sanierungsbedürftig. Hier stellen Baumwurzeln ein erhebliches Hindernis im Radverkehr dar. Einzelne der DDR-Fußwegplatten wurden schon entfernt, und mit Erde (o.ä.) aufgefüllt, sodass der Weg bereits etwas besser zu befahren ist. Trotzdem sollte hier schnellstmöglich nachgebessert und eine neuer Belag aufgebracht werden.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Verbindung ist nach dem Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam eine Hauptroute erster Stufe. Als wichtiger Meilenstein wurde der Radweg zwischen der Berliner Straße und der Rudolf-Breitscheid-Straße im Zuge der L 40 im Jahr 2009 im Zwei-Richtungs-Verkehr fertiggestellt. Die Verbindung entlang des Babelsberger Parks sollte mit Fertigstellung des zweiten Nutzungsabschnittes der L 40 nach Bereitstellung der finanziellen Mittel auch abgeschlossen werden. Es können daher nur Instandsetzungen durchgeführt werden, die nach Beurteilung durch die Fachverwaltung im Rahmen der Gefahrabwehr erforderlich sind.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

15.000 Euro

#### **Umsetzungszeitraum:**

Laufend

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Nein

#### **Grundlage der Umsetzung:**

Brandenburgisches Straßengesetz

### Gehweg am Schlaatzweg befestigen (zwischen Friedrich-Engels-Straße und Haus der Wirtschaft)

#### **Vorschlag:**

Der jetzige Gehweg im ersten Abschnitt des Schlaatzwegs ist in einem äußerst schlechten Zustand. Die Erde ist bereits so ausgewaschen, dass die vielen spitzen Steine ihn zu einer gefährlichen Buckelpiste machen. Sobald es regnet, sind die Pfützen so groß, dass der Weg weder zu Fuß noch mit dem Fahrrad benutzbar ist. Auf der anderen Straßenseite gibt es gar keinen Gehweg und die Straße mit Kopfsteinpflaster in schlechtem Zustand und massiver Pfützenbildung ist keine gute Ausweichmöglichkeit für Fahrradfahrer - insbesondere für Kinder - bietet. Angesichts der vielen fahradfahrenden Kinder auf dem Weg zur Kita, der zahlreichen Besucher des Hauses der Wirtschaft und der direkten Verbindung für Radfahrer Richtung Schlaatz wäre ein befestigter Geh- und Radweg angebracht - ganz abgesehen davon, dass dieser für eine Straße mitten im Stadtzentrum eigentlich ein Muss sein sollte.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Prüfung auf Verkehrs- und Betriebssicherheit aller öffentlich gewidmeten Verkehrsflächen erfolgt regelmäßig durch Mitarbeiter des Bereiches Verkehrsanlagen. Sollten Maßnahmen erforderlich werden, so wird gemäß der Gefahrenabwägung gehandelt. Durch die begrenzt zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel beschränkt sich das oft nur auf die Gefahrbeschilderung.

Der grundlegende Ausbau ist seit Jahren Bestandteil der Investitionsplanung. Eine Berücksichtigung im Haushalt konnte aufgrund der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Investitionsmittel bisher nicht erfolgen.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

250.000 Euro

#### **Umsetzungszeitraum:**

-

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Nein

#### **Grundlage der Umsetzung:**

Brandenburgisches Straßenbaugesetz

### Radwegmarkierungen Zeppelinstraße (Nansenstraße bis Kastanienallee) erneuern

#### Vorschlag:

Die Geh- und Radwegmarkierungen auf der Zeppelinstraße von Nansenstraße bis Kastanienallee sollten erneuert werden. Hier sind viele (schnelle) Fahrradfahrer unterwegs. Es sollte deutlich untergliedert werden, wer wo laufen bzw. fahren kann und somit eine Gefahrenquelle im öffentlichen Straßenland verschwinden.

#### Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Die Nutzung der Nebenanlagen durch Fußgänger und Fahrradverkehr wird durch die entsprechenden Verkehrszeichen geregelt. Damit wird bei gemeinsamer Nutzung und nicht vorhandenen separaten Radwegen dem Fahrradfahrer auferlegt, dem Fußgänger den Vorrang einzuräumen und Schrittgeschwindigkeit zu fahren. Aufgrund der örtlichen Verhältnisse ist zur Zeit eine andere verkehrsrechtliche Anordnungen nicht möglich. An Änderungsvorschlägen im Zusammenhang mit dem Radverkehrskonzept wird seitens der Verwaltung gearbeitet.

Im Rahmen der Untersuchung zur Verkehrsneuordnung in der Zeppelinstraße wird auch die Einrichtung eines Radfahrstreifen / Radschutzstreifens zwischen der Geschwister-Scholl-Straße und der Kastanienallee stadtauswärts geprüft. Entscheidungen können erst nach Abwägung aller Interessen frühestens 2011 getroffen werden.

#### Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

Aufgrund der Sachlage nicht ermittelt.

#### Umsetzungszeitraum:

-

#### Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Nein

#### Grundlage der Umsetzung:

Radverkehrskonzept der Landeshauptstadt Potsdam (DS 08/SWV/0455)

### Radwegmarkierungen Dortustraße

#### **Vorschlag:**

Im Berufsverkehr ist per Fahrrad kaum noch ein Durchkommen in der Dortustraße möglich. Daher ist mein Vorschlag eine markierter Radweg. Vor dem Ministerium für Wissenschaft, Bildung und Kultur ist der Gehweg so breit, dass auch hier ein Radweg eingereicht werden könnte bzw. die Strecke für Fußgänger und Radfahrer gemeinsam genutzt wird. Trotz Tempo 30 ist es für Radfahrer sehr gefährlich auf dieser Hauptstraße geworden.

#### **Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:**

Die Prüfungen zur Verbesserung des Radverkehrs in der Dortustraße im Zusammenhang mit dem Radverkehrskonzept haben ergeben, dass die Anlage eines Radfahrstreifens / Radschutzstreifens in diesem Bereich möglich ist. Die Ausführungsplanungen dazu laufen bereits. Eine Umsetzung ist kurzfristig in 2010 geplant. Damit erübrigt sich die Betrachtung eines separaten Radweges in den Nebenanlagen.

#### **Kosten der Umsetzung/Folgekosten:**

15.000 Euro

#### **Umsetzungszeitraum:**

2010

#### **Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?**

Ja, kurzfristig in 2010

#### **Grundlage der Umsetzung:**

-

### Schulwegsicherung in der Schlegelstraße (zwischen Voltaireweg und Pappelallee)

#### Vorschlag:

Die Schlegelstraße ist eine Kurzanbindung zwischen dem Voltaireweg und der Pappelallee in der Jägervorstadt. Sie wird sowohl von Touristen als auch von Pendlern auf dem Weg aus bzw. in die Innenstadt und den touristischen Zielen genutzt, und ist häufig Abstellplatz für Touristen- und Stadtrundfahrtbusse. Momentan gilt hier Tempo 30. Es gibt keine Fahrbahnmarkierung, die Straße hat nur eine Fahrspur, die Gegenspurspur ist zugesperrt, es gibt keinen Gehweg/Radweg. Seit dem Ausbau der Ulanenkasernen und des Park du Bois mit einigen hundert Wohneinheiten und Häusern für junge Familien, wird diese Straße von einer großen Anzahl von Kindern genutzt, sie ist die Anbindung an die Kitas und Grundschulen. Da sich hier grundsätzlich nicht an Tempo 30 gehalten wird, gibt es häufig gefährliche Situationen, da ein Ausweichen von Kindern, Fahrradfahren, Kinderwagen nicht möglich ist, weil die Randbereiche mit alten Baumstämmen blockiert sind. Zur Sicherung wären einige grundlegende Maßnahmen erforderlich. Es wäre ausreichend Platz für Geh- und Radwege und sogar Parkbuchten. Da der Verkehr auch gut vor dem Dorinhotel auf den Voltaireweg geleitet werden könnte, wäre vielleicht auch die Umwandlung in eine Anlieger- oder Spielstraße denkbar. Zum Schutz der Kinder sollte zumindest ein Radweg ausgeschildert werden und die rechts-vor-links Situation bzw. die Einsehbarkeit der beiden anderen Spielstrassen deutlicher markiert werden.

#### Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam:

Für die bauliche Umgestaltung des Knotenpunktes Voltaireweg / Schlegelstraße und die fehlenden Fußgänger- und Radverkehrsanlagen wird zur Zeit durch ein Ingenieurbüro ein Planungsangebot erarbeitet. In einer Variantenuntersuchung im Rahmen der Vorplanung werden Lösungsansätze thematisiert. Eine bauliche Umsetzung kann erst nach Abschluss der Planung und nach einer Sicherung der notwendigen Finanzierung erfolgen. Die Umgestaltung der Einmündung, sowie der gesamten Schlegelstraße kann nur im Zusammenhang mit einem grundhaften Ausbau der Verkehrsflächen bewertet werden.

#### Kosten der Umsetzung/Folgekosten:

300.000 Euro

#### Umsetzungszeitraum:

-

#### Wird der Vorschlag bereits umgesetzt oder ist die Umsetzung bereits vorgesehen?

Nein

#### Grundlage der Umsetzung:

Brandenburgisches Straßengesetz

# Der Votierungsbogen ist schon weg?

## *Ihre Stimme zählt auch online!*

*Herausgeber:*

Landeshauptstadt Potsdam  
Der Oberbürgermeister

*Redaktion und Gestaltung:*

Zentrale Steuerungsunterstützung  
Projektteam Bürgerhaushalt  
Friedrich-Ebert-Str. 79-81  
14469 Potsdam

*Redaktionsschluss:* 13. August 2010

[www.potsdam.de/buergerhaushalt](http://www.potsdam.de/buergerhaushalt)

# Terminübersicht

## Liste der Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger

*In dieser Broschüre finden Sie die 37 zur Votierung stehenden Vorschläge des Potsdamer Bürgerhaushalts 2011.*

*Diese Bürgervorschläge sind mit Stellungnahmen der Verwaltung der Landeshauptstadt Potsdam versehen, die Ihnen weitere Informationen für die Auswahl Ihrer Favoriten geben sollen. Sie erhalten dabei einen Einblick in die Handlungsfelder der Landeshauptstadt Potsdam.*

*Jeder Vorschlag wurde dem jeweils zuständigen Fachbereich vorgelegt. Die dort entstandenen Einschätzungen zur Realisierung, den damit verbundenen Kosten sowie den möglichen Umsetzungszeitraum finden Sie im Anschluss an die jeweilige Anregung. Ebenfalls erhalten Sie Antwort auf die Frage, ob der Bürgervorschlag bereits umgesetzt wird und welchem Beschluss diese Umsetzung zugrunde liegt.*

*Am Ende dieser Broschüre können Sie abstimmen. Dort befindet sich ein Votierungsbogen, auf dem Sie Ihre fünf Favoriten markieren können.*

## Vorschlagsvotierung

**30. August bis 17. Oktober 2010**

*Auswahl der 20 wichtigsten Bürgervorschläge im Internet und auf dem Postweg durch die Bürgerinnen und Bürger.*

## Abschlussveranstaltung

**26. Oktober 2010** 18 Uhr | Stadthaus Potsdam, Plenarsaal

*Letztmalige Möglichkeit der Auswahl der 20 wichtigsten Vorschläge durch die Bürgerinnen und Bürger.*

## Ergebnis: „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen u. Bürger“

**3. November 2010**, Sitzung der Stadtverordneten

*Übergabe der 20 wichtigsten Bürgervorschläge an die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam zur Diskussion und Entscheidung.*